

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Nach wochenlangem Streit auf offener Bühne hat die Ampelkoalition in dieser Woche in einer 30-stündigen Sitzung des Koalitionsausschusses noch einmal das rettende Ufer erreicht. Nicht weniger als ein „großes Werkstück“ versprach Bundeskanzler Olaf Scholz. Und vor allem werde Tempo gemacht. Gemessen an dieser Ankündigung ist die Liste der Vorhaben zwar lang, aber bei fast allen Einigungen sind Weg und Finanzierung unklar.

Und wo es konkret wird, bekommen Bürger und Wirtschaft die Kosten des neuen Koalitionsfriedens zu spüren. Die Lkw-Maut wird erhöht und ausgeweitet auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht. So sollen zusätzliche fünf Milliarden Euro für den Bahnausbau zusammenkommen.

Die Sache hat allerdings gleich zwei Haken: Die Bahnmittel sind nach der Aufstockung nicht höher als vor der vorausgegangenen Kürzung der Gelder durch Rot-Grün-Gelb. Und man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass die zusätzlichen Belastungen für die Lkw-Transporte

bei Bürgern und Unternehmen als Preiserhöhung ankommen – und dies in einer Zeit ohnehin hoher Preissteigerungsraten.

Die Mauterhöhung ist kein gutes Vorzeichen für die nächsten Ampel-Jahre. Die zusätzlichen Bahnmittel ließen sich im Bundeshaushalt leicht aufbringen. Allein der Wille fehlt, im Haushalt Schwerpunkte zu setzen und auf Überflüssiges zu verzichten. Angesichts der langen Liste nicht finanzierter rot-grün-gelber Wünsche im 16 Seiten umfassenden „Friedensvertrag“ kein gutes Omen.

Nicht nur das Geld ist die große Unbekannte. Der aufgestockte Ausbauplan für Wind- und Solarenergie braucht mehr Fachkräfte. Doch an Fachkräften mangelt es immer öfter.

Vergeblich gewartet haben wir in dieser Woche auf die Haushaltseckwerte für 2024. Sie sollten schon vor mehr als einer Woche verkündet werden, doch sie fielen dem Ampelstreit zum Opfer. Hier gilt: Ende offen, böse Überraschungen nicht ausgeschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

EU soll

Flächenstilllegung stoppen



Russlands Überfall auf die Ukraine hat nicht nur die europäische Friedensordnung ins Wanken gebracht. Die Verwüstungen durch russische Truppen und die damit verbundenen Probleme beim Export landwirtschaftlicher Produkte lassen mit der Ukraine einen der weltweit größten Exporteure für Getreide weitgehend ausfallen. Die Fernwirkungen haben längst auch unsere Supermärkte, Bäckereien und Fleischereien - und die Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht. Auch die Versorgung der Menschen in den Hungerregionen dieser Welt ist noch prekärer geworden ist.

CDU und CSU haben deshalb jetzt einen [Antrag](#) in den Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, sich in Brüssel für die Aussetzung der geplanten Flächenstilllegung über das Jahr 2023 hinaus einzusetzen. Etwa drei Millionen Hektar Fläche könnten so EU-weit für die landwirtschaftliche Produktion erhalten werden. Allein die deutschen Landwirte könnten schätzungsweise zwischen 600.000 und eine Million Tonnen Getreide pro Jahr zusätzlich produzieren. Das würde den Preisdruck für Nahrungsmittel mindern und die Versorgung der

Hungerregionen erleichtern sowie gleichzeitig die Einkommen unserer Landwirte verbessern.



Sebastian Brehm:

„Bundesregierung und Europäische Union müssen in der gegenwärtigen Situation mehr Verantwortung

übernehmen und handeln. Die Sicherstellung der Welternährung und die politische Verantwortung für eine erschwingliche und gesunde Ernährung für alle Bürgerinnen und Bürger erfordern ein grundlegendes Umdenken in der deutschen und europäischen Agrarpolitik.“

Kommunen brauchen

Hilfe vom Bund



Die große Zahl von Menschen, die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine nach Deutschland flohen, hat in den Städten und Gemeinden eine unglaubliche Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Doch immer mehr Kommunen stehen mit dem Rücken an der Wand bei der Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge. Denn zu den Flüchtlingen aus der Ukraine kommen noch Asylsuchende aus Afrika sowie dem Nahen und mittleren Osten. Doch die Hilferufe verhallen

bislang ungehört. Zwei Flüchtlingsgipfel der Ampelregierung blieben ergebnislos. CDU und CSU haben deshalb in dieser Woche Kommunalpolitiker nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die Lage zu erörtern. Man wolle zuhören und gemeinsam nach Lösungen suchen, betonte Fraktionschef Friedrich Merz. Es kamen viele – und nicht nur solche mit CDU- oder CSU-Parteibuch. Sie beschrieben ihre täglichen Probleme und sind alle guten Willens. Aber sie fühlen sich von der Ampel allein gelassen. Für CDU und CSU ist klar: Der Bund darf die Kommunen nicht im Regen stehen lassen.

Sie brauchen nicht nur finanzielle Unterstützung. Die Ampel- Regierung muss Ernst machen mit ihrer angekündigten Rückführungsoffensive. Mit einem [Antrag](#) fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung jetzt zum Handeln auf.

Deutschland muss nationale Sicherheitsinteressen definieren



Angesichts der sich dramatisch ändernden Weltlage drängen CDU und CSU auf eine Nationale Sicherheitsstrategie. Sie brachten in dieser Woche einen [Antrag](#) in den Bundestag ein, in dem SPD, Grüne und FDP zur Einlösung des Versprechens aufgefordert werden, binnen eines Jahres nach der Regierungsübernahme eine Sicherheitsstrategie zu formulieren und

vorzulegen. Darin müssten Werte und Interessen, regionale und thematische Prioritäten sowie der konkrete Mittelseinsatz benannt werden. Und CDU und CSU drängen auf die Festschreibung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO für die Verteidigungsausgaben.

Der Antrag der Unionsfraktion sieht ferner die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates im Bundeskanzleramt vor. Er soll einen Beitrag zu strategischer Vorausschau und Krisenprävention leisten, unter Beteiligung der Bundesländer ein umfassendes Lagebild zur inneren und äußeren Sicherheit erstellen sowie in Krisenlagen die operative Steuerung der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen. Zugleich soll eine stärkere Einbindung des Bundestags in außen- und sicherheitspolitischen Debatten sichergestellt werden.



Sebastian Brehm: „Die von Kanzler Scholz ausgerufenen Zeitenwende kommt weiter nur tröpfchenweise in der Ampel-Koalition an. Dabei

sollte spätestens der russische Überfall auf die Ukraine deutlich gemacht haben, dass Deutschland dringend eine nationale Sicherheitsstrategie braucht. Statt aber eine Strategie zu definieren, ergeht sich die Rot-Grün-Gelb in Zuständigkeitsstreitereien bei der Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates.“

Landfrauen zu Besuch in Berlin

Geplant war die Fahrt schon lange. Doch dann kam Corona dazwischen. Jetzt aber konnte ich 43 Frauen aus dem Landfrauen-Kreisverband



Nürnberg auf ihrer dreitägigen politischen Informationsfahrt in Berlin begrüßen. Bei den lebhaften Gesprächen ging es nicht nur um Landwirtschaft.

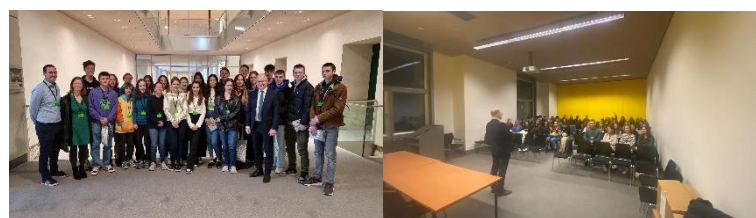
Mit dem Knoblauchsland verfügt Nürnberg über das größte städtische Gemüseanbaugelände Deutschland, das die Region täglich mit frischer Ware versorgt und damit einen ganz wichtigen Beitrag für unsere tägliche Versorgung leistet. In den landwirtschaftlichen Betrieben und im örtlichen Leben halten die Landfrauen vieles am Laufen und springen auch dort ein, wo Hilfe nötig ist. Vielen Dank an Kreisbäuerin Doris Greul-Leuzmann, die die Organisation der Fahrt tatkräftig unterstützt hat.

Schulklassen in der Herzkammer der Demokratie

Gleich mehrere Nürnberger Schulklassen konnte ich unlängst im Bundestag begrüßen. Zwei

Klassen des Labenwolf-Gymnasiums und je eine Schülergruppe der Wirtschaftsschule Nürnberg und des Scharrer-Gymnasiums waren im Parlament zu Gast.

Es gab viele interessante und erfrischende Gespräche, bei denen ich den Schülerinnen und Schülern auch einen Einblick in die Arbeit unseres Parlaments geben konnte. Die Gespräche mit den jungen Leuten sind mir wichtig. Mir ist es ein besonderes Anliegen, junge Menschen mit der Praxis unserer parlamentarischen Arbeit vertraut zu machen.



Es ist wichtig zu wissen, wie Demokratie funktioniert, wie Bürger Einfluss auf die Gestaltung der Politik nehmen können und warum Entscheidungen eine gewisse Zeit brauchen. Vielen Dank für die Besuche und das große Interesse an der Arbeit im Bundestag.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.